

Frauenflüchtlinge nach der Rückkehr: Die Grenzen der Entwicklungszusammenarbeit

Einer der hervorragendsten Erfolge der internationalen Hilfe in der Arbeit mit guatemalteken Flüchtlingen ist die Organisation der Frauen. Im mexikanischen Exil nahm fast jede dritte Frau durch Unterstützung des UNO-Hochkommissariats für Flüchtlinge (ACNUR) und privaten Nichtregierungsorganisationen an Weiterbildungskursen teil. Dies führte zu Fortschritten im Bereich sozialer Beziehungen. Auch in der Organisation der Rückkehr spielten Frauen eine wichtige Rolle.

Zurück in Guatemala haben es die Rückkehrerinnen aber nicht mehr im gleichen Masse geschafft, ihr Engagement aufrecht zu erhalten, vielerorts sind die Frauenorganisationen gar eingeschlafen. *Inforpress* hat einige RückkehrerInnen gemeinden besucht, um die Situation näher kennenzulernen. Der folgende Beitrag erschien am 26. Mai und soll die Fort- und Rückschritte der Frauenflüchtlingsorganisationen näher beleuchten.

Bewusstseinsbildung unter der Glasglocke

Der Aufenthalt von 45 000 guatemalteken Flüchtlingen in Mexiko bildete, wie es SpezialistInnen der Entwicklungszusammenarbeit nennen, einen "komplexen Notstand", in dem internationale Hilfe eine direkte, umfassende und dauerhafte Rolle bei der Unterstützung der Bevölkerung übernahm. Die Leben der GuatemaltekenInnen, die nach Mexiko flüchteten, waren geprägt von materieller Abhängigkeit und Unsicherheit über die Dauer des Aufenthaltes ausserhalb ihrer Heimat. Dazu kam die Neugestaltung traditioneller sozialer Beziehungen im Bereich des Individuums, der Familie, wie auch der Gemeinde.

Das Leben in den Lagern glich dem früheren Leben der Betroffenen kaum und für einige – allen voran für die Frauen – war dieser Wechsel nicht nur negativ. Da Entwicklungs- und Geberorganisationen viele der traditionellen Frauenaufgaben übernahmen, blieb ihnen mehr Zeit, sich zu organisieren, sich zu treffen, zu diskutieren und zu lernen. Dieser Prozess von Bildung und Ausbildung wurde durch die internationalen Organisationen unterstützt.

Im Mai 1990 versammelten sich 47 Frauen aus den Flüchtlingslagern in Palenque, Chiapas, um *Mamá Maquín* zu gründen. Ziel der Organisation war es, sich um die Rechte der Frauen auf Teilnahme, Organisation und Gleichberechtigung zu bemühen, die Rettung und Erhaltung der indigenen Kultur zu fördern und das Recht auf Teilnahme an den Verhandlungen rund um die Rückkehr zu erkämpfen. Ausserdem sollte sie auch andere, bestehende Volksorganisationen unterstützen.

In den drei folgenden Jahren wuchs *Mamá Maquín* schnell, 1993 zählte sie in den Lagern bereits 7 000 Mitglieder. Dieses Wachstum ging einher mit der institutionellen Verpflichtung von ACNUR, die Gleichberechtigung der Geschlechter zu fördern. Ausserdem koordinierte ACNUR die Arbeit der Nichtregierungsorganisationen mit Frauen. Vielen Frauen-

flüchtlingen waren bis zu ihrer Teilnahme an diesen Programmen jegliches Wissen um Menschen- und Frauenrechte unbekannt.

Eine Auswertung der Ausbildungsanstrengungen von ACNUR kam zum Schluss, dass das Selbstwertgefühl der Frauen durch besseres Kennen der Rechte gestärkt wurde und dass die Frauenorganisation deshalb wuchs, weil sie den Frauen neue Rollenbilder präsentierte. Ausserdem stellte ACNUR fest, dass die Anwesenheit von Männern in den Kursen weder positiv noch erfolgreich war.

Neben den Ausbildungsprogrammen engagierten sich ACNUR und die Nichtregierungsorganisationen in der Förderung von Menschenrechten, von Reproduktions- und Landrechten und gegen häusliche und sexuelle Gewalt. Aufgrund dieser Anstrengungen schlossen die Vereinbarungen über die Rückkehr Themen wie Gleichberechtigung der Frauen im allgemeinen und das Recht auf Landbesitz für Frauen mit ein.

Dennoch wurden laut Untersuchungen der internationalen Nichtregierungsorganisationen, die RückkehrerInnen in ihrer Rückkehr begleitet hatten, festgestellt, dass diese Grundrechte in vielen Fällen missachtet wurden und dass die Teilnahme der Frauen nicht ihren eigenen Erwartungen entsprach.

Die Rückkehr

Obwohl die Frauen eine wichtige Rolle bei der Rückkehr spielten und ihre Forderungen bezüglich dem Recht auf Landbesitz in den Vereinbarungen aufgeführt waren, wurde der Zugang zu Landbesitz in der Praxis durch den fehlenden Willen der Behörden, die diskriminierenden Gesetze, als auch durch "den Opportunismus der Männerflüchtlinge" wie es eine Koordinatorin von ACNUR nennt,

limitiert. Die Männer hätten sich oft nur deshalb für die Gründung von Frauenorganisationen ausgesprochen, um den internationalen Organisationen und Botschaften zu imponieren, ohne sich in der Praxis für die Forderungen der Frauen einzusetzen. In den wenigen Gemeinden, in denen Frauen das Recht auf einen Landtitel erhielten, waren die Kosten für die Legalisierung der Grundstücke unbezahlbar. Oft wurde der Landtitel der Frau gar verkauft, um mit dem Erlös die Schreibgebühren für den Landtitel ihres Partners zu bezahlen.

In den Fällen, in denen die Kredite für die Finanzierung der Grundstücke durch die Kooperativen verteilt wurden, war den Frauen der Zugang auch durch die Verhinderung an der aktiven Teilnahme an Kooperativen und dem zum Teil schlechten Funktionieren dieser Organisationen verunmöglicht.

In einigen Gemeinden war die Opposition der Männer noch direkter. In Pueblo Nuevo, Ixcán z.B. beschuldigten die Männer die organisierten Frauen der Zusammenarbeit mit der URNG und erklärten jegliche Versammlung ohne ihre Bewilligung als illegal. Obwohl einige der Friedensverträge die Regierung verpflichten, Diskriminierung zu eliminieren, hängt – formell und juristisch – Gleichberechtigung von Frauen im Bereich des Rechtes auf Landbesitz, Wohnung und Kredit von einem politischen Willen ab, der nicht zu existieren scheint.

Rechte und Fortschritt: Gelernte Lektionen

Vor kurzem besucht *Inforpress* neun Gemeinden von RückkehrerInnen im Petén, Alta Verapaz und Quiché. In den Interviews mit Frauen fanden sich allorts ähnliche Sorgen. Die Prioritäten der Rückkehrerinnen lagen ohne Ausnahme im Bereich materieller Notwendigkeiten, wie Zugang zu Maismühlen, Möglichkeiten zum Waschen der Kleidung, Trinkwasser, etc.

Im Moment haben die Frauen den Kampf um gleiche Rechte zurückgestellt. Sie kämpfen um minimale Lebensbedingungen, die ihnen die Grundlage und die Zeit bieten würden, um sich erneut mit Geschlechterfragen befassen zu können.

Währenddessen öffnet sich die Kluft zwischen den Promotorinnen für Geschlechterfragen und den angesprochenen Frauen. In einem Video von ACNUR, das einen Kurs über Genderfragen dokumentiert, fordert eine Kursleiterin die indigenen Frauen auf, sich zu bücken und fragt: "Wer steht oben?"

Die Frauen antworten, nachdem sie einen Moment nachgedacht haben: "Das Militär." "Wer noch?" "Die Regierung." "Und wer noch?" "Die Reichen." "Wer noch?" "Die Generäle." Die gewünschte Antwort, nämlich "die Männer" kam nicht. Dieser Dialog zeigt auf, dass die Analyse der Frauen weiter reicht, als die der Promotorinnen, dass die Unterdrückung der Frauen nämlich strukturell bedingt ist und nicht unbedingt auf die These "jeder Mann ist ein Unterdrücker" reduziert werden kann.

Ein anderes Beispiel für die Kluft zwischen der Prioritätensetzung zeigt ein Fall, in dem Promotorinnen einer Nichtregierungsorganisation Kredite an Frauen der Gemeinde *Victoria 21. Januar* offerieren. Damit verbunden war ein Lehrgang über Geschlechterfragen. Nach einem Einführungsreferat der Kursleiterin über die Rechte der Frau auf Partizipation und eigenen Ausdruck, gab es die Möglichkeit für Fragen und den Austausch von Ideen zum Thema. Nach einem langen Schweigen, streckte eine Frau auf, um das zu fragen was alle wissen wollten, nämlich: "Wann kriegen wir die Kredite?"

Einige Untersuchungsbeauftragte meinen, dass es für viele PromotorInnen schwierig gewesen sei, Werte und Ideologien, die von den internationalen Hilfsinstitutionen als universell betrachtet wurden, auf die lokalen Begebenheiten zu übersetzen. Insbesondere auch, weil diese PromotorInnen auf eine Analyse ihrer eigenen historischen Wurzeln und der eigenen Ideologie verzichteten.

Die Untersuchungen stellen auch fest, dass die Entwicklung von Geschlechterbewusstsein in den sogenannten entwickelten Ländern konkret mit sozialem Fortschritt einherging, wie z.B. der Senkung der Geburtensterblichkeit, der Schaffung von Kindertagesstätten, der Technologisierung der Hausarbeit, etc. Alles Errungenschaften, die Platz und Zeit freimachen, um sich mit neuen Rollenmustern auseinanderzusetzen. Alles Errungenschaften, die in den ländlichen Gemeinden Guatemalas völlig fehlen.

Was in den Ausbildungsprogrammen für die guatemalteckischen Flüchtlinge völlig fehlte, war ein Programm im Bereich der Entwicklungspolitik. Im seinem Buch "Rückkehr der guatemalteckischen Flüchtlinge" teilt Clark Taylor, der viele Jahre mit einer Rückkehrergemeinde gearbeitet hatte, diese Folgerungen. Er schreibt: "Die Ausbildungen in den Lagern in Mexiko haben den Flüchtlingen nicht geholfen, die Entwicklungsschwie-

rigkeiten Guatemalas zu verstehen". In all seinen Gesprächen mit RückkehrerInnen in Santa María Tzejá über die Ausbildungsangebote in Mexiko, ist kein einziger Kurs und kein Seminar im Bereich Entwicklungspolitik genannt worden. Alle hätten von Menschenrechten gesprochen, aber niemand von Entwicklung. Jetzt aber, nach der Rückkehr nach Guatemala, ist der Kontrast zwischen dem Wissen über Menschenrechte und Entwicklung schockierend, meint Taylor. Alle Autoritätspersonen der Gemeinden sind ausgebildete PromotorInnen im Menschenrechtsbereich, aber niemand im Bereich Entwicklung.

Grundsätzlich teilt auch Mike Leffert, ein anderer Wissenschaftler, diese Schlussfolgerungen. Er streicht aber die Erfahrung, sich kollektiv zu organisieren, als positiv heraus, auch wenn die spezifischen Erfolge im Bereich Gleichstellung bescheiden seien. Man müsse anerkennen, dass die Frauen gelernt hätten, sich zu organisieren und auszudrücken. Man müsse unterscheiden zwischen der Bildung sozialer Strukturen und den erreichten Zielen jeder einzelnen.

Negativ hingegen ist laut Analyse von Leffert, dass internationale Hilfswerke mit ihren Wertvorstellungen der Bevölkerung Gesellschaftsbilder aufdrängen, die wohl einer globalisierten Welt, aber in keiner Weise den lokalen, materiellen Lebensbedingungen entsprechen. In einer Welt, die von unterdrückenden Marktbeziehungen beherrscht ist, scheitert dieser Transfer von Ideologie meistens, weil die ÜberbringerInnen der Ideologie ihre Position kaum reflektieren. Somit verkommen Ideologien zu einer Art Güter oder Zuschüsse für Menschen unter totalem Notstand, und dienen einzig der Verbreitung einer universellen Weltordnung.

Notstand ist für die Bevölkerung per Definition ein Bruch im natürlichen historischen Ablauf. Oft wird er von Umbrüchen in der Gesellschaftsordnung und den Produktionssystemen, aber auch vom Verlust von Aussenkontakten begleitet. Eine solche Ausnahmesituation schränkt die Zivilbevölkerung in ihrem Engagement ein und erschwert ihr, eigenständig an der sozialen Entwicklung mitzuwirken. Im Gegenteil, Beziehungen, die im andauernden Notstand, unter neuen Abhängigkeiten entstehen, verschleiern oft die der Krise zugrundeliegenden Realitäten, das Selbstverständnis der betroffenen Menschen und überschätzen die Fähigkeit neuer Ideen, sich behaupten zu können.

Rassistische Vorstösse gegen Indigenatreffen

Guatemala, 13. Juli. Vom 5.-9. Juli fand in Quetzaltenango zum 25. Mal das Internationale Treffen indigener Völker statt. Rund 30 Delegationen aus verschiedenen Ländern sowie 800 Indigena-vertreterInnen aus Guatemala trafen sich auf Einladung verschiedener nationaler Indigenaorganisationen (u.a. CONAVIGUA, Stiftung Rigoberta Menchú, Defensoría Maya, Organisation der Schwarzen Guatemalas), sowie des *Internationalen Rats für Indigenaabkommen* (CITI).

Das Programm war vielversprechend: Vorträge und Arbeitsgruppen wurden angeboten, zu Themen wie "Land und Territorium der indigenen Völker", "Schulreform", "Internationale Abkommen und UNO-Deklaration über

indigene Völker", "Biodiversität und Ökologie", etc.

Ein wichtiger Aspekt des Treffens war, die Öffentlichkeit über die Spiritualität der indigenen Völker aufzuklären und das weit verbreitete Bild zu relativieren, diese Spiritualität sei Satanismus.

In der guatemalteckischen Presse fand das international als wichtig erachtete Treffen nur wenig Beachtung. Der internationale Charakter des Treffens wurde nicht erwähnt, sondern es wurde als eine regionale, volkstümliche Veranstaltung dargestellt.

Ein Paradebeispiel für diese Ignoranz lieferte die Tageszeitung *Siglo XXI* in ihrer Samstagsausgabe. Darin hiess es, die indigenen Völker hätten dem Christentum den Krieg erklärt. Dabei bezog

sich die Zeitung auf die Rede von Bill Means, dem Präsidenten des CITI, der sagte: "Wir wollen NICHT gegen das Christentum kämpfen. ABER wir wollen unsere Religion so praktizieren, wie wir es von unseren Grosseltern gelernt haben und fordern von den andern Religionen, dass sie dies anerkennen." Der guatemalteckische Maya-Priester Nicolás Lucas ergänzte: "Christus selber war nicht böse, aber es ist nun mal eine Tatsache, dass in seinem Namen viele Andersgläubige ermordet wurden."

Sämtliche Protestschreiben seitens des Indigenatreffens in Quetzaltenango wurden von der Presse ignoriert und keine Zeitung erachtete es als notwendig, ihre Falschinformationen zu berichtigen.

Hohe Geldstrafen für 'RadiopiratInnen'

Guatemala, 5. Juli. Über hundert Personen aus verschiedenen Teilen des Landes demonstrierten in der Hauptstadt gegen die Geldstrafe, die das *Amt für Kommunikation* (SIT) gegen fünf 'illegal' sendende Radios ausgesprochen hatte. Zum Protest aufgerufen hatten die *Koordination der Mayaorganisationen Guatemalas* (COPMAGUA) und die *Koordination der Lokal- und Volksradios des Südostens* (CECPSOG).

Die DemonstrantInnen forderten die Regierung dazu auf, die Arbeit der Lokalradios anzuerkennen und die im

Abkommen über die Rechte der Indigenen Völker festgelegten Punkte bezüglich der Lokalradios umzusetzen. Vordringlich sei die Gewährung des Zugangs zu Radiofrequenzen für Lokalradios, hiess es.

Die Auferlegung einer Geldstrafe von je 10'000 US-\$ für fünf Lokalradios in Totonicapán bildet einen neuen Höhepunkt der Schikanierung der Lokalradios durch das *Amt für Kommunikation*. Den Radios wurde eine Frist von zehn Tagen eingeräumt, um die Geldstrafe zu zahlen; ausserdem wurden sämtliche Apparate und Anlagen beschlagnahmt.

Alberto Recinos von der CECPSOG bezeichnete die Summen als lächer-

lich. Erstens sei der Quetzal und nicht der Dollar die guatemalteckische Währung und zweitens sei es den BetreiberInnen dieser Radios unmöglich, eine solche Summe aufzubringen; diese Leute hätten kaum Geld für das tägliche Überleben, meinte Recinos.

Der Kongressabgeordnete der linken *Allianz Neue Nation* (ANN), Alfonso Bauer Paíz machte die Forderungen der DemonstrantInnen zu den seinen. Er versprach, eine Initiative einzureichen, die es den indigenen Gemeinden ermöglicht, Radiofrequenzen zu erhalten ohne bei den von dem SIT angeordneten und für sie unerschwinglichen Versteigerungen teilnehmen zu müssen.

¡Fijáte!

Herausgeber:
Verein ¡Fijáte!
2502 Biel
PC: 30-516068-6
Redaktion und Abos:

¡Fijáte!
c/o Barbara Müller
Ankerstrasse 16
8004 Zürich
Tel. 01/ 241 44 43
E-Mail:
barbara-m@bluewin.ch
Jahresabo: 100.- Fr.
Auslandabo: 120.- Fr.
Förderabo: ab 200.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntägig.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Morddrohungen gegen Direktorin von CERIGUA

Guatemala, 12. Juli. Erneut wurden telefonische Drohungen gegen die alternative Nachrichtenagentur *Cerigua* ausgesprochen, diesmal direkt gerichtet gegen die Direktorin, Ileana Alamilla.

Bereits am 23. Juni erhielt *Cerigua* einen Anruf: "Wir wissen, wo ihr seid und wir werden euch töten", lautete die Drohung. Diesmal hiess es: "Sag Ileana, sie soll aufpassen".

Ileana Alamilla ist seit der Gründung vor 17 Jahren Direktorin von *Cerigua*. Ausserdem ist sie Korrespondentin verschiedener zentralamerikanischer Zeitungen und Radioprogrammen. Alamilla reichte eine Klage gegen Unbekannt ein und versicherte, solche Drohungen hielten sie nicht von ihrer Arbeit ab.

Verschiedene Menschenrechtsorganisationen solidarisierten sich mit dem Personal und der Direktorin von *Cerigua* und äusserten sich beunruhigt über die zunehmenden Drohungen gegen JournalistInnen. Bezeichnenderweise würden vor allem JournalistInnen und RadioreporterInnen bedroht, die Berichte über Prozesse gegen hohe Militärs und Kriegsverbrecher veröffentlichten.

Víctor Hugo de León, Vizepräsident der *Lateinamerikanischen JournalistInnenvereinigung* (FELAP), verurteilte die Drohungen gegen guatemalteckische JournalistInnen aufs schärfste und bezeichnete sie als einen Verstoß gegen das Recht auf freie Meinungsäusserung.

Migration nimmt zu

Guatemala, 7. Juli. Eine Studie der *Lateinamerikanischen Fakultät für Sozialwissenschaften*, FLACSO, kommt zum Schluss, dass die Migration aus der Hauptstadt ins Departement Petén drastisch zugenommen hat. Die Gründe dafür sieht die Studie in der prekären Arbeitssituation der Hauptstadt. Laut Statistik hat die Bevölkerung im Petén in den letzten elf Jahren um 251% zugenommen.

Durch den Petén führt eine der am stärksten frequentierten Routen für MigrantInnen aus ganz Lateinamerika, die nach Mexiko oder in die Vereinigten Staaten wollen. Neben dem Tourismus ist der 'illegale' Personentransport zu einer der Haupteinnahmequellen des Peténs geworden: Vom Schlepper über den Hotelbesitzer und Transportunternehmer bis zum Grenzbeamten, der Schmiergelder kassiert, leben ganze Dörfer von diesem 'Geschäft'.

Das Ende des bewaffneten Konflikts in Guatemala hat nicht wie erwartet einen Rückgang der Migration in die Vereinigten Staaten bewirkt. Allerdings würden die Leute nicht mehr aus Angst vor der Repression in die USA migrieren, sondern aus wirtschaftlichen Gründen, kommt die Untersuchung zum Schluss. Deshalb ruft Irene Palma, Autorin der Studie von FLACSO, die guatemaltekische Regierung dazu auf, eine Politik zu entwickeln, die die Armut und die daraus resultierende Migrationsbewegung stoppt. Ausserdem fordert sie die Regierung auf, die *UNO-Konvention*

zum Schutz migrierender ArbeiterInnen und ihrer Familien zu unterzeichnen.

Laut Daten aus dem Jahre 1994 leben 1,7 Millionen guatemaltekische BürgerInnen (rund 18% der Gesamtbevölkerung) in den Vereinigten Staaten. Jede guatemaltekische Familie hat durchschnittlich ein Mitglied, das im Ausland verdientes Geld nach Hause schickt. In den letzten Jahren haben diese *remesas* um 400% zugenommen. Während 1987 noch rund 11'336 Millionen US-\$ als *remesas* nach Guatemala geschickt wurden, waren es im Jahr 1987 bereits 456'443 Millionen US-\$. Gemäss Informationen der guatemaltekischen Nationalbank schicken MigrantInnen rund 6% ihres in den Vereinigten Staaten verdienten Jahreseinkommens (ca. 1'630 US-\$) an ihre Familien in Guatemala.

Gleichzeitig weist die von FLACSO herausgegebene Studie auf die Gefahren und Schwierigkeiten hin, die eine Migration in die USA mit sich bringt: Im letzten Jahr wurden 2'470 Fälle von Menschenrechtsverletzungen durch Zoll- und Migrationsbehörden verzeichnet, 85% davon wurden in Mexiko begangen.

Vor allem Frauen, aber auch Kinder und Jugendliche werden oft von Zollbeamten oder Schleppern sexuell missbraucht. Viele Frauen sehen sich gezwungen, das Geld für die Weiterreise durch Prostitution zu verdienen. Eine Studie der mexikanischen Gesundheitsbehörde gibt bekannt, dass 98% der

Frauen, die an den Grenzübergängen in Chiapas in den Bars und Nachtclubs arbeiten, aus El Salvador, Guatemala und Honduras kommen und zwischen 13 und 25 Jahren alt sind.

Rund 2200 guatemaltekische StaatsbürgerInnen wurden entweder an der Grenze zu den Vereinigten Staaten oder kurz nach deren Überquerung gefasst und deportiert. Weitere 2000 wurden ausgewiesen, da sie straffällig wurden.

Trotzdem geht die nordamerikanische Migrationsbehörde davon aus, dass sich über 500'000 GuatemaltekInnen ohne Aufenthaltsbewilligung im Land aufhalten.

Im 'Trampolindepartement' Petén sollen nun erste Schritte unternommen werden, die zwar nicht zu einem Rückgang der Migration führen, doch mindestens die Situation der MigrantInnen verbessern und die gewalttätige Stimmung in der Region beruhigen sollen: Verschiedene zivile und staatliche Organisationen, darunter die Kirche, die *Vereinigung der entwurzelten Bevölkerung* (ACPD) und das *Zentrum für MigrantInnen* wollen einen Runden Tisch gründen. Dieser soll als eine Art Kontrollorgan funktionieren, damit weniger Übergriffe seitens der Behörden passieren.

Weiter soll ein 'Haus der Migration' eröffnet werden, wie es schon in der Grenzregion an der guatemaltekischen Südküste gibt, das den MigrantInnen Unterkunft, Verpflegung und Hilfe bei Menschenrechtsverletzungen anbietet.

Fincagehälter: weiterhin miserabel

Guatemala, 6. Juli. Als eine seiner ersten Amtshandlung erliess Präsident Portillo ein Dekret über Gehaltserhöhungen sowohl für Staatsangestellte wie für Angestellte der Privatwirtschaft. Diese Massnahme wurde unterschiedlich aufgenommen, vor allem die Privatwirtschaft drohte mit Kündigungen.

Nun gab das Arbeitsministerium bekannt, dass gegen rund 130 Unternehmen, die ihren Angestellten die in Form eines Bonus ausbezahlte Gehaltserhöhung nicht gewährten, Sanktionen ausgesprochen worden seien. Seit April wurden 2286 Unternehmen geprüft. Anfänglich waren es 88% der kontrollierten Firmen, die ihren ArbeiterInnen den Bonus nicht bezahlten.

Das Arbeitsministerium gibt bekannt, in regelmässigem Kontakt mit den Gewerkschaften zu stehen, was eine wichtige Verbesserung der gegenseitigen

Beziehung zur Folge habe.

Seit letzter Woche funktioniert auch ein vom Arbeitsministerium eingerichtetes *Büro zur Verteidigung der ArbeiterInnenrechte*. Dieses Büro bietet ArbeiterInnen, die mit ihren ArbeitgeberInnen in Konflikt stehen, unentgeltliche Rechtsberatung an.

Wie bereits bei der Bekanntgabe der Massnahme Portillos befürchtet, ist es jedoch unmöglich, eine Kontrolle über die Gehälter (geschweige denn eine Gehaltserhöhung) der LandarbeiterInnen zu führen.

Das Komitee für bäuerliche Entwicklung (CODECA) führte auf 48 Zuckerrohr-, Kaffee-, Kautschuk- und Viehwirtschaftsfincas in den Departementen Quetzaltenango, Escuintla, Retalhuleu und Suchitupéquez eine Untersuchung über die Gehälter durch.

Das Ergebnis ist ernüchternd: An-

stelle der vom Kongress verordneten 27 Quetzales täglich bezahlen etwa je ein Drittel der Fincabesitzer 17 Quetzales, 21 Quetzales, bzw. 25 Quetzales. Das Minimum liegt bei 13 Quetzales täglich. (1 US-\$ entspricht rund 7,5 Quetzales.) Bei den Frauen sind die Gehälter mit 10 Quetzales pro Tag noch um einiges niedriger, kommt die Untersuchung zum Schluss.

Laut Mario Vay, Direktor von CODECA, wäre ein Tagesgehalt von 78 Quetzales nötig, um die Grundbedürfnisse der Bevölkerung zu decken, wie Ernährung, Kleidung, Gesundheitsversorgung und Bildung. Er fordert von der Regierung entsprechende Gesetze, die die Würde der ArbeiterInnen schützen.

Ungelöst ist auch das Problem auf der Finca *La Moka*, Quetzaltenango, die vor drei Monaten an eine Bank verpfändet wurde. 77 ArbeiterInnen warten seither auf die Auszahlung ihrer Gehälter.

USA 'drohen' mit Einstellung der Militärhilfe

Guatemala, 6. Juli. Der 1998 in Rom gegründete *Internationale Strafgerichtshof* hat einen schweren Stand: Nur wenige Staaten haben seine Statuten bisher ratifiziert, ein Vorgang, der in vielen Ländern nur schwer vorankommt. Einige wichtige Länder - wie die Vereinigten Staaten, Russland und China - lehnen eine Ratifizierung grundsätzlich ab. Die Vereinigten Staaten gehen nun noch einen Schritt weiter:

Am vergangenen 14. Juni präsentierten verschiedene Senatoren und Kongressabgeordnete dem US-Parlament den Entwurf für ein "Gesetz zum Schutz der Amerikaner im Dienst".

Darin heisst es, dass in Zukunft Länder, die sich der Gerichtsbarkeit des *Internationalen Strafgerichtshofes* unterstellen, keine US-amerikanische Militärhilfe mehr bekommen werden. Ausgenommen von diesem Gesetz sollen diejenigen Länder sein, die der NATO angehören. So dass eine solche Massnahme in erster Linie diejenigen Länder treffen würde, die ökonomisch oder politisch von den Vereinigten Staaten abhängig sind, wie das für Guatemala der Fall ist.

Eingereicht wurde der Gesetzesentwurf von einer Gruppe Kongressabge-

ordneter um den Senator Jesse Helms, bekannt auch für seine Gesetzesvorstösse bezüglich des Kuba-Boykotts (Helms-Burton-Gesetz). Unterstützung findet der Vorschlag in Militär- und Geheimdienstkreisen.

Die offiziell eingesetzte *Wahrheitskommission* (CEH) hat in ihren Empfehlungen an die guatemalteckische Regierung geraten, die Bestimmungen des *Internationalen Strafgerichtshofes* zu unterschreiben und sich somit seiner Gerichtsbarkeit zu unterstellen. Präsident Portillo hat bei der Übernahme seines Amtes versprochen, die Empfehlungen der CEH umzusetzen, er bezeichnete dies sogar als eine "staatliche Verpflichtung". In der selben Rede sprach Portillo auch über die Beziehung Guatemala - Vereinigte Staaten. Mit den USA verbindet ihn bilaterale Interessen, wie die wirtschaftliche Zusammenarbeit, den Kampf gegen den Drogenhandel, die Lösung des Migrationsproblems und der gemeinsame Wille, den Frieden in Guatemala und Zentralamerika zu festigen, erklärte Portillo in seiner Antrittsrede. Weiter sprach er von einer gleichberechtigten Beziehung zwischen den beiden Staaten.

Die Menschenrechtsorganisation

Gruppe gegenseitiger Hilfe (GAM) befürchtet aber, mit der Drohung dieses neuen Gesetzes, sei die gleichberechtigte Beziehung zu Ende und Guatemala unterwerfe sich einmal mehr dem Diktat der Vereinigten Staaten. In einer Presseerklärung der GAM heisst es: "Wird dieses Gesetz vom US-amerikanischen Staat angenommen, wird sich Guatemala nie der Gerichtsbarkeit des *Internationalen Strafgerichtshofes* unterstellen."

Laut GAM sollen mit diesem Gesetz zwei Dinge erreicht werden: Die Stellung des *Internationalen Strafgerichtshofes* soll geschwächt werden, aus Angst davor, dass Anklagen gegen US-amerikanische BürgerInnen erhoben werden, die sich an Kriegen und Menschenrechtsverletzungen irgendwo auf der Welt beteiligt haben, (z.B. die Nato-Angriffe gegen Serbien).

Zum ändern soll es den Vereinigten Staaten auch weiterhin möglich sein, andere Länder anzugreifen, ohne dass sie mit juristischen Konsequenzen rechnen müssen.

Die GAM ruft weltweit alle Menschenrechtsorganisationen auf, sich gegen den Versuch der USA auszusprechen, die Bedeutung des *Internationalen Strafgerichtshofes* zu schwächen.

Patentgesetz verabschiedet

Guatemala, 13. Juli. Nach wochenlanger Diskussionen im Kongress und Protesten auf der Strasse wurde ein neues Patentgesetz verabschiedet. Dieses Gesetz soll den Schwarzhandel und die Fälschung von Markenprodukten verhindern bzw. bestrafen. Unter Druck gesetzt, ein solches Gesetz zu erlassen, wurde die guatemalteckische Regierung von den Vereinigten Staaten, die mit Sanktionen drohten, sowie von der *Internationalen Welthandelsorganisation* (WTO).

Der ursprüngliche von der *Republikanischen Front Guatemalas* (FRG) präsentierte Gesetzesvorschlag beinhaltete ein hartes Vorgehen gegen den informellen Sektor, d.h. gegen die Tausenden von StrassenhändlerInnen, die gefälschte Ware verkaufen. Der Vorschlag sah die Beschlagnahmung ohne richterliche Verfügung und die Zerstörung gefälschter Ware und zu deren Herstellung benötigter Maschinen vor.

Dies führte zu breiten Protesten der StrassenhändlerInnen, die forderten, man solle die 'grossen Fische' fangen, diejenigen, die Fälschungen im grossen Stil produzieren und/oder importieren.

So wie das Gesetz vorliege, würden nur die letzten in der Kette, die VerkäuferInnen, bestraft. Während mehrerer Tagen protestierten Ende Mai rund 4000 StrassenhändlerInnen vor dem Kongress und erreichten, dass die Debatte verschoben und eine Arbeitsgruppe gegründet wurde, die die Auswirkungen eines solchen Gesetzes auf die nationale Wirtschaft untersuchte. In Guatemala arbeiten immerhin 55% der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung im informellen Sektor.

Verschiedene AnalytikerInnen, so z.B. der Kolumnist Edmund Mullet von *El Periódico*, unterstellen jedoch den 'grossen Fischen', den Protest der StrassenhändlerInnen geschürt zu haben und so den informellen Sektor als Kanonenfutter zu missbrauchen, um ihre eigenen Interessen zu wahren. Als Beispiel nennt Mullet die Firma *El Molino*, die Fredy López Villatoro, dem Schwager von Zury Ríos, Kongressabgeordnete und Tochter von Kongresspräsident Ríos Montt, gehört. *El Molino* ist eine Importfirma, spezialisiert auf Schuhe, Autos und Ersatzteile. Die Firma *Adidas* hat eindeutige Beweise dafür, dass *El Molino* auch rund 350'000 Paar gefälschte *Adidas*-

Turnschuhe importiert und innerhalb ganz Zentralamerikas weiterverkauft hat. Gemäss dem bisher geltenden Gesetz konnte in Guatemala nicht gegen *El Molino* und seinen Besitzer vorgegangen werden.

Das nun verabschiedete Gesetz sieht vor, die StrassenhändlerInnen zu 'legalisieren'. Die Bezeichnung 'informeller Sektor' wird abgeschafft bzw. in 'ergänzende Wirtschaft' umgewandelt. Konkret heisst das, dass StrassenhändlerInnen in Zukunft registriert sind und ein Handelspatent bekommen. Sie sind zwar weiterhin von der Abgabe von Mehrwert- und Einkommensteuer entbunden, müssen aber eine monatliche Abgabe von 10 Quetzales leisten. Dafür garantiert der Staat, dass es keine ungerechtfertigten Beschlagnahmungen mehr geben wird und dass sämtliche Prozesse rechtmässig geführt werden.

Die am meisten geäusserte Kritik am neuen Patentgesetz ist, dass zu wenig Wert darauf gelegt wurde, das Problem bei der Wurzel, den Produzenten und Importeuren, anzupacken, sondern dass es vor allem darauf abzielt, den informellen Sektor besser zu kontrollieren.

"Einen Rechtsstaat schafft man nicht mit Wahlversprechen..."

Guatemala, 14. Juni. Das Komitee *Guatemala - nie wieder*, dem VertreterInnen der guatemaltekischen Gemeinschaft, religiöse Organisationen und Menschenrechtsgruppen aus San Francisco (USA) angehören, wurde aus Besorgnis über die Ermordung von Erzbischof Juan Gerardi und die Unregelmäßigkeiten bei der Aufklärung des Falles gegründet. In der folgenden Presseerklärung erinnert das Komitee den guatemaltekischen Präsidenten Alfonso Portillo an seine Wahlversprechen:

"Wir denken, es ist an der Zeit, Alfonso Portillo, der während seiner Wahlkampagne versprochen hat, innerhalb von 180 Tagen das Verbrechen an Bischof Gerardi aufzuklären, daran zu erinnern, dass mit dem heutigen Tag diese Frist abgelaufen ist, ohne dass irgendwelche Resultate erzielt worden sind. Die Straflosigkeit, die seit Jahren in Guatemala regiert und die heute eher zunehmend ist, kann nicht mit Wahlparolen und demagogischen Versprechen beendet werden. Die Straflosigkeit ist dann besiegt, wenn die Verantwortlichen der kriminellen Taten bestraft sind, inklusive derjenigen, die heute wichtige Staatsfunktionen einnehmen.

Wir sind beunruhigt darüber, dass die guatemaltekische Regierung nichts unternommen hat, um einen Rechtsstaat zu schaffen, in dem die Gesetze für alle gleich angewendet werden. Es geht nicht, nur 'gewöhnliche' Straftäter zu verfolgen, während die Verantwortlichen des Mordes an Bischof Gerardi von der Anwendung des Gesetzes verschont bleiben.

Ein weiteres Wahlversprechen Portillos war, "...eine interne Untersuchung anzuordnen über die Verantwortlichkeit von Regierungsmitgliedern bei der Ermordung von Bischof Gerardi, ein Verbrechen, dessen Straflosigkeit eine Schande für die ganze Nation bedeutet." Ein weiteres Versprechen, dass bis heute nicht eingelöst wurde. In seiner Position als Oberkommandierender der Armee hat der Präsident die Macht, eine Untersuchung darüber zu veranlassen, welche Personen und Fahrzeuge des *Präsidenten Generalstabs* (EMP) an der 'Operation' teilnahmen, die laut dem Zeugen Jorge Aguilar Martínez, selber ehemaliger Angestellter des EMP, in der entsprechenden Nacht in der Nähe des Hauses von Bischof Gerardi durchgeführt wurde.

Die Schwierigkeiten, die seit Beginn die Untersuchung überschattet haben, wie z.B. Drohungen gegen RichterInnen, ZeugInnen und StaatsanwältInnen, sowie die Flucht ins Exil einiger von ihnen,

geben uns den Eindruck, dass auch diese Regierung, ähnlich wie ihre Vorgängerin, die Aufklärung dieses Verbrechens nicht als eine ihrer Prioritäten sieht. Das Verhalten einiger FRG-Kongressabgeordneter, mit allen Mitteln zu verhindern, dass die Empfehlungen der *Wahrheitskommission* umgesetzt werden, interpretieren wir als einen direkten Boykott der Friedensabkommen.

Die Mitglieder des Komitee *Guatemala - nie wieder* fordern von Portillo:

Eine sofortige Untersuchung über die Beteiligung des Militärs und des EMP am Verbrechen an Bischof Gerardi zu veranlassen.

Die physische Sicherheit aller in die

Untersuchung involvierter Personen und deren Familien zu garantieren.

Zu veranlassen, dass seine Partei innerhalb des Kongresses die nötigen Schritte unternimmt, um die guatemaltekische Gesetzgebung den Friedensabkommen anzupassen.

Herr Präsident, noch stimmen ihre Worte mit ihren Taten überein! Sie haben immer noch die Möglichkeit, als derjenige Präsident in die Geschichte einzugehen, der der Straflosigkeit ein Ende gesetzt hat. Die Demokratie konstruiert man mit konkretem Handeln, mit der Schaffung demokratischer Gesetze und mit der Respektierung der Menschenrechte und aller BürgerInnen!"

...auch nicht mit Gewalt

Guatemala, 13. Juli. Die *Gruppe gegenseitiger Hilfe* (GAM) veröffentlichte eine Bilanz der Menschenrechtsverletzungen während der ersten Jahreshälfte 2000 und nach sechs Monaten Regierungszeit Portillo. Was in verschiedenen Kommentaren und Analysen in letzter Zeit immer wieder zu lesen war, schlägt sich hier in konkreten Zahlen nieder: Das Klima von Unsicherheit und Angst geht parallel mit der Zunahme der Menschenrechtsverletzungen.

Interessant ist dabei, dass sich die Zielgruppe der bedrohten Personen im Vergleich zu früher verändert hat. Während in vergangenen Jahren vorwiegend soziale AktivistInnen, politische Oppositionelle und Leute, die irgendwie mit der Guerilla in Verbindung gebracht wurden, zu Opfern von Menschenrechtsverletzungen wurden, sind es heute meist unbekannte Personen, häufig Mitglieder von kriminellen Banden (*maras*).

Nebst den zahlreichen Drohungen gegen AktivistInnen und JournalistInnen sieht die Bilanz der Menschenrechtsverletzungen der letzten sechs Monate folgendermassen aus: 257 Mor-

de, 18 Lynchmorde, 14 Foltermorde, 8 massakrierte Personen, 12 Vergewaltigungen (angezeigte! die Red.), 20 Entführungen, 140 Verletzte durch Schusswaffen, 17 Verletzte durch Stichwaffen. Speziell erwähnt wird das 'Verschwinden' der Universitätsprofessorin Mayra Gutiérrez. Seit sieben Jahren ist dies der erste Fall von 'desaparición forzada', dem gewaltsamen Verschwindenlassen einer Person, eine aus dem bewaffneten Konflikt bekannte Taktik.

Verantwortlich für die Menschenrechtsverletzungen macht GAM jedoch dieselben Personen, die auch schon in der Vergangenheit die Interessen des wirtschaftlich mächtigen Sektors verteidigt haben. Heute stecken sie im organisierten Verbrechen und werden weiterhin von den Machthabenden gedeckt.

Noch ein paar Zahlen zur Strafverfolgung: Von 97 Fällen, die die Staatsanwaltschaft verfolgt, gelingt ihr in einem Fall eine Verurteilung. Dies ist weniger als im vergangenen Jahr, wo eine Verurteilung auf 88 Fälle kam. In den ersten fünf Monaten des Jahres gingen 25'433 Strafanzeigen ein.

García-Gallont besuchte Expo 2000

Guatemala, 7. Juli. Eine Lösung für das Transportproblem der guatemaltekischen Hauptstadt hat deren Bürgermeister Fritz García-Gallont auf der Expo in Hannover gefunden. Telefonisch teilte er der guatemaltekischen Presse mit, dass er der multisektoriellen Kommission zur Lösung des Transportproblems das Projekt einer 'Minimetro' vorstellen werde. Es handle sich bei dieser Minimetro um eine Art flache Drahtseilbahn,

die mehr als 3000 Personen pro Stunde transportieren könne, informiert García-Gallont. Die Kosten seien zwischen 5 und 6 Millionen US-\$ pro Kilometer. Er sei begeistert davon, ein Transportsystem gefunden zu haben, das den ökonomischen Möglichkeiten Guatemalas entspreche. Selbstverständlich könne er das aber nicht aus dem Budget der Stadtverwaltung finanzieren und brauche die Unterstützung der Regierung.